

## Schriftstellerin wieder frei

Zu den in jüngster Zeit entlassenen politischen Gefangenen zählt auch San San Nwe. Die heute 56jährige Schriftstellerin war 1994 zusammen mit einer ihrer Töchter wegen der Verbreitung falscher Nachrichten an ausländische Journalisten über Burma und der Zusammenarbeit mit einer verbotenen Organisation verhaftet

und zu zehn Jahren Gefängnis verurteilt worden. Amnesty International, der amerikanische PEN-Club und andere Organisationen hatten ihre Verurteilung angeprangert. 1999 erhielt sie den Menschenrechtspreis der französischen Gesellschaft »Reporter ohne Grenzen«. In einem von der Democratic Voice of Burma, einem in Oslo

stationierten Radiosender, ausgestrahlten Interview beschrieb sie die Haftbedingungen. Dabei erwähnte sie, dass die Lage sich nach den Besuchen von Mitarbeitern des Internationalen Roten Kreuzes seit Mai 1999 verbessert habe.  
vgl. DVB, 27.7.2001

# nachrichten

## Verbleib des Studentenführers von 1988 unklar

Es besteht Unklarheit über den jetzigen Aufenthaltsort des Studentenführers Paw U Tun, besser bekannt unter seinem Pseudonym Min Ko Naing (»Einer, der Könige stürzt«). Unter diesem Namen hatte, während der von den Studenten geführten Proteste von 1988, eine Gruppe studentischer Aktivisten Flugblätter verteilt, in denen ein Neuanfang von Burmas Politik gefordert wurde. Paw U Tun wurde im August 1988 zum Präsidenten der neu geschaffenen Studentenunion Burmas gewählt. Nach der Machtübernahme durch das Militär im September desselben Jahres wurde er im März 1989 verhaftet und danach zu 20 Jahren Gefängnis verurteilt. Die Strafe wurde 1993 durch eine Amnestie halbiert. Obwohl diese Strafe inzwischen verbüßt wurde, wurde er bisher offenbar nicht

frei gelassen. Der Studentenführer ist einer der prominentesten politischen Gefangenen in Burma und gilt als die zweitwichtigste Person der Opposition nach Aung San Suu Kyi.

Die ersten Jahre seiner Gefangenschaft verbrachte er im berüchtigten Insein-Gefängnis in der Nähe von Rangun. Später wurde er ins Gefängnis von Sittwe (Akyab) im Staate Arakan (West-Burma) verlegt, wodurch Besuche seiner Familie erschwert wurden. Nun gibt es Gerüchte über eine erneute Verlegung und unterschiedliche Meldungen über seinen Gesundheitszustand. Früheren Berichten zufolge war er durch Folter und Haftbedingungen ernsthaft erkrankt und in letzter Zeit unfähig, aus eigener Kraft zu gehen.

vgl. *Burma Courier*, 30.6.2001

## Sepak-Takraw-Diplomatie

Anfang Juli schlug eine burmesische Frauenmannschaft im zweiten von drei Freundschaftsspielen eine chinesische Sepak Takraw-Auswahl mit 2 zu 1 Sätzen.

Sepak Takraw ist ein traditionelles südostasiatisches Ballspiel. Es hat seinen Namen nach dem meist aus Rattan geflochtenen Ball, der von den Mannschaften über ein Netz gespielt werden muss. Anders als beim Volleyball dürfen dabei die Hände nicht benutzt werden.

Gleichzeitig wurde bekannt, dass in Burma Unterschriften

für die — mittlerweile erfolgreiche — Bewerbung Beijings um die Austragung der Olympischen Spiele 2008 gesammelt wurden. Die Aktion wurde von der Burmesisch-chinesischen Sport Föderation (MCSF) initiiert.

China unterstützt die Politik der Militärjunta und ist einer der größten Wirtschaftspartner Burmas. Das hat im Lande traditionelle Befürchtungen einer chinesischen Dominanz verstärkt.

vgl. *Xinhua*, 28.6.2001, *People's Daily (China)*, 2.7.2001

## Reaktorprojekt mit Russland

Burma versucht Anschluss an die Atommächte der Welt zu bekommen und verhandelt deshalb mit Russland über den Bau eines Atomreaktors. Atomexperten sagen, dass das Forschungsreaktorprojekt, das in Übereinstimmung mit den Richtlinien der Internationalen Atomenergie Behörde gebaut werden soll, nur schwer dazu verwendet werden könne, Atomwaffen zu produzieren. Beamte von Geberregierungen haben privat jedoch ihren Schock über diese Ausgabenpläne eines der ärmsten und am wenigsten entwickelten Länder der Erde ausgedrückt. Das Projekt würde außerdem einer Regierung, die im Moment nicht in der Lage ist, die Hauptstadt konstant mit Elektrizität zu versorgen, eine Technologie mit hohem Wartungsbedarf in die Hände geben. Burma und Russland sind übereingekommen, einen 10-Megawatt Forschungsreaktor zu bauen. Russische Beamte bestätigen, dass im Moment intensive Diskussionen über die Umsetzung des Abkommens laufen.

»Dieses Projekt ist unsinnig, denn es geht über die Möglichkeiten von Burma weit hinaus, einen Reaktor zu bauen und zu unterhalten«, so ein Beamter. »Das Problem ist, dass die Russen jedem die notwendige Ausrüstung verkaufen.« Burmas Militärregierung weigert sich, über Details des Projekts zu diskutieren, aber ein heimlicher und nicht autorisierter Blick auf die kürzlich eingerichtete Abteilung für Atomenergie in der Pyay Pagoda Road in Rangun enthüllt wenig sichtbaren

Fortschritt auf dem Weg zu einem Nuklearprogramm. Der russische Botschafter in Rangun nennt das Atomprojekt die wichtigste Kooperationsbemühung zwischen den beiden Ländern der letzten Jahrzehnte. Burma könne für den Reaktor in bar oder durch Tauschhandel bezahlen. »Wir können keinen großen Kredit anbieten«, so Gleb Ivashentsov, der Botschafter. »Aber wir könnten beispielsweise eine Bezahlung in Reis, Teakholz oder Fisch akzeptieren.« Der Preis des Reaktors hängt von seiner politischen Bedeutung ab, doch Experten sagen, dass selbst kleine Modelle etwa 5 Millionen US-Dollar kosten können, mehr als das gesamte nationale Gesundheitsbudget Burmas des Jahres 1999.

Der Hauptakteur hinter dem Reaktorprojekt ist Burmas Minister für Wissenschaft und Technologie, U Taung, der Atomforschung für eine moderne Nation für wichtig hält. Burma ist seit 1957 Mitglied der Internationalen Atomenergie Behörde, ist 1992 dem Nicht-Verbreitungspakt beigetreten und hat 1995 einem Protokoll zugestimmt, das Inspektionen erlaubt. Doch das beruhigt die internationale diplomatische Gemeinschaft nicht. »Finanziell kann es sich dieser Pariah-Staat nicht leisten, ein nuklearer Schurkenstaat zu werden«, so ein Diplomat in Rangun. »Aber wir halten ein Auge auf die Situation und verfolgen die Gerüchte mit Interesse und zunehmendem Amüsement.«

vgl. *International Herald Tribune*, 14. Juli 2001

# nachrichten

## Ex-Außenminister nach Australien entwichen

Von September 1988 bis November 1998 war Ohn Gyaw Außenminister und ein treuer, wenn auch nicht sehr geschickter Advokat der burmesischen Militärjunta. Dann wurde er im Rahmen einer Kabinettsumbildung von dem Berufsdiplomaten Aung Win abgelöst, der von 1990-1996 Botschafter seines Landes in der Bundesrepublik gewesen war. Nun wird berichtet, dass der Ex-Minister mit seiner Familie ins australische Exil gegangen ist und dort den Schutz der Regierung genießt. Auch ehemalige Außenminister müssen im heutigen Burma einen Pass beantragen, wenn sie ins Ausland reisen wollen. Ohn Gyaw beantragte für sich und die Seinen Reisedokumente für eine Pilgerreise nach Bodhgaya in Indien, dem Platz, an dem der Buddha seine Erleuchtung erfuhr. Er folgte damit einem prominenten Vorbild. Der von Ne Win 1962 gestürzte Ministerpräsident Nu nutzte denselben Vorwand, um 1969 das Land zu verlassen. Er erhielt politisches Asyl in Thailand und versuchte von dort aus vergeblich, das Regime Ne Wins zu stürzen. 1980 kehrte er dann nach einer Amnestie in sein Heimatland zurück. Dass es von Ohn Gyaw in der Zukunft auch ähnlich dramatische Nachrichten geben wird, kann bezweifelt werden.

vgl. *BurmaNet*, 8.6. 2001

## EU fordert größere Anstrengungen

Die EU fordert die Freilassung weiterer politischer Gefangener und Bewegungsfreiheit für die Opposition, bevor die Sanktionen gegen Burma aufgehoben werden. Der belgische Botschafter in Thailand Pierre Vaesen, dessen Land gegenwärtig die Präsidentschaft der EU innehat, sagte, dass die Ergebnisse der Mission der International Labour Organisation (ILO) ebenfalls wichtig für die Entscheidung sein würden. Der Rat der EU hatte im April beschlossen, die Sanktionen gegen Burma um weitere sechs Monate zu verlängern. Die Sanktionen, die unter der schwedischen Präsidentschaft verabschiedet worden waren, umfassen ein Exportverbot von Ausrüstungsgegenständen, die für Repression und Terrorismus einge-

setzt werden könnten, ein Visaverbot für Mitglieder und Anhänger des Militärregimes und ein Einfrieren ihrer Vermögen. Die nächste Prüfung ist für den 28. Oktober geplant.

Laut Vaesen hat es seit dem Besuch der EU-Troika in Burma Ende Januar positive Zeichen gegeben. Dazu gehören die Ergebnisse des Besuchs des Sondergesandten der UNO für Menschenrechte, Paolo Pinheiro, und die Freilassung von 136 politischen Gefangenen, unter denen auch 36 Parlamentsmitglieder der Opposition waren. Doch weitere 42 Parlamentsmitglieder der National League for Democracy (NLD) befinden sich noch immer in Haft und mit ihnen im ganzen Land rund 1700 politische Gefangene, so Vaesen.

Belgien hofft unter seiner EU-Präsidentschaft eine weitere EU-Mission nach Burma schicken zu können, so Vaesen weiter. Der Besuch könnte vielleicht sogar bereits vor der Überprüfung der Sanktionen im Herbst stattfinden. Er fügte hinzu, dass zusätzliche Besuche des UN Sondergesandten Razali Ismail und dem UN Sondergesandten für Menschenrechte Pinheiro bald erwartet würden. »In den kommenden Wochen wird es mehr Besuche und Kontakte geben«, sagte Vaesen. »Wir wollen den politischen Dialog wirklich fortsetzen, aber es ist unerlässlich, dass die Regierung den Oppositionsparteien starke Garantien gibt.«

vgl. *Bangkok Post*, 13.7.2001; *AFP*, 12.7.2001

## Schnelle Veränderungen im Land?

In Burma nehmen die Spekulationen zu, dass die Pro-Demokratie Führerin Aung San Suu Kyi bald aus dem Hausarrest entlassen wird. In den vergangenen neun Monaten hat Suu Kyi sich regelmäßig mit hohen Militäroffizieren getroffen, um eine politische Lösung zu finden. Während dieser Zeit hat das Regime die meisten der inhaftierten Mitglieder ihrer National League for Democracy (NLD) freigelassen. Beide Seiten haben einen informellen Waffenstillstand eingehalten und damit aufgehört, sich gegenseitig zu denunzieren. Im Juni erlaubte das Regime der Partei, 18 ihrer Büros wieder zu öffnen. Es wurde Suu Kyi außerdem erlaubt, an privaten Treffen außerhalb ihres Grundstücks teilzunehmen, eskortiert von einem Geheimdienstoffizier.

Die Militärjunta hat ein mit Suu Kyi verwandtes Paar aus der Haft entlassen. Damit wurden zum ersten Mal politische Häftlinge entlassen, bevor ihre Haftzeit abgelaufen war. Nge Ma Ma, eine Cousine Suu Kyis, und ihr Ehemann Myint Swe seien beide bei guter Gesundheit, so ein

Sprecher der Regierung nach ihrer Entlassung aus dem Insein Gefängnis. Sie wurden 1997 zu zehn Jahren Gefängnis verurteilt, da sie geholfen hatten, ein Videoband mit einer Nachricht Aung San Suu Kyis aus dem Land zu schmuggeln. Sieben weitere Menschen waren ebenfalls in den Fall verwickelt – sie bleiben in Haft.

Einige Nachbarstaaten glauben, dass die Signale auf eine baldige Beendigung von Burmas Pariah-Status hindeuten. Der malaysische Premierminister Mahathir Mohamad, der das Regime aktiv ermutigt hat, zu einer Lösung mit dem Pro-Demokratie-Lager zu kommen, sagte, dass man neue Wahlen erwarte. Anfang dieses Monats sagte der thailändische Verteidigungsminister Gen. Chavalit Yongchaiyudh, der enge Beziehungen zu den burmesischen Generälen unterhält, dass das Regime und Suu Kyis Partei dran sind die Bildung einer Nationalregierung zu verkünden.

Suu Kyis Freilassung aus dem Hausarrest könnte mit der Neuigkeit der Bildung einer Übergangsregierung

und der Benennung von NLD-Mitgliedern einhergehen. Eine neue Verfassung könnte später fertiggestellt und innerhalb der nächsten fünf Jahre könnten Wahlen abgehalten werden.

Im Juli hatte sich Aung San Suu Kyi jedoch geweigert an einer Zeremonie zum Märtyrer Tag teilzunehmen, an dem der Ermordung ihres Vaters, Gen. Aung San, im Jahr 1947 gedacht wird. Diplomaten spekulierten, dass sie damit gegen ihren Hausarrest protestiert, unter dem sie seit über 10 Monaten lebt.

Auf einem Treffen der Association of Southeast Asian Nations (ASEAN) Ende Juli in Hanoi betonte der Außenminister Burmas Win Aung jedoch, dass der Dialog weiter läuft. Er weigerte sich jedoch, einen Zeitrahmen für Mehrparteien-Wahlen zu geben oder den Regierungstyp zu definieren, der sich nach einem Durchbruch der Gespräche ergeben könnte.

vgl. *Asiaweek*, 20.7.2001; *AFP*, 26.7.2001